

Bern, 25. Oktober 2023

per E-Mail: [familieundquartier@bern.ch](mailto:familieundquartier@bern.ch)

Direktion für Bildung, Soziales und Sport  
Familie & Quartier Stadt Bern  
Effingerstrasse 21  
3008 Bern

**Stellungnahme zur Vernehmlassung «Betreuungsgutscheine: Zusatzleistungen der Stadt: Reglement vom 11. Juni 2020 über die familienergänzende Betreuung von Kindern: Teilrevision**

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der FDP.Die Liberalen Stadt Bern danken wir für die Möglichkeit, uns zur geplanten Teilrevision des Städtischen Reglements über die familienergänzende Betreuung von Kindern (FEBR) zu äussern.

**Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Die FDP.Die Liberalen Stadt Bern setzt sich dezidiert für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einen chancengerechten Zugang zu Bildungsangeboten für alle Bevölkerungsgruppen ein. Das System der Betreuungsgutscheine, welches ursprünglich von unserer Partei initiiert wurde, ist ein Erfolgsmodell, auf städtischer und kantonaler Ebene. Dies zeigt auch die Zunahme an Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten und die höhere Qualität der Angebote. Wartelisten gehören grossmehrheitlich der Vergangenheit an. Eltern haben die Möglichkeit, ihr Kind in einer für sie passenden Einrichtung betreuen zu lassen. Heute sprechen wir sogar von einem Überangebot, da die Geburtenrate zurückgeht. So prognostiziert auch Statistik Stadt Bern eine stagnierende Anzahl Geburten. Es wird in den nächsten Jahren eine Strukturbereinigung geben und das Angebot an Betreuungsplätzen wird sich der Nachfrage entsprechend anpassen.

**Zu hohe finanzielle Belastung der Familien**

Die Kosten, welche Familien für die familienergänzende Betreuung von Kindern selber tragen müssen, sind zu hoch. In allen Bevölkerungsschichten. Wir sehen hier aber prioritär den Bund und allen voran den Kanton Bern in der Pflicht, dies zu korrigieren (s. aktuelle Diskussion im

Parlament). Vor diesem Hintergrund sind wir irritiert über das nun gewählte Vorgehen der Stadt Bern. Wir erachten es als nicht zielführend, dass die Stadt ein eigenes Monitoring zu einem Kantonalen Gutscheinsystem durchführt und aufgrund dieses Monitorings das städtische Reglement teilrevidiert werden soll, bevor der Kanton überhaupt über die Ergebnisse des Monitorings in Kenntnis gesetzt wurde, geschweige denn versucht wurde, die notwendigen Anpassungen auf kantonaler Ebene zu erwirken. Auf Kantonaler Ebene erachten wir im Minimum die folgenden Punkte als zentral:

- Die vom Kanton ausgestellten Gutscheine müssen die in den unterschiedlichen Regionen des Kantons differenzierten Kostenstrukturen der Betreuungseinrichtungen berücksichtigen. Hierfür bedarf es eines kantonalen Monitorings, was unseres Wissens nach auch geführt wird. Es gilt aber festzuhalten, dass allen voran KITA Stadt Bern für einen nicht unerheblichen Teil der steigenden Kosten selber verantwortlich ist. Stichwort städtisches Personalreglement mit 40 Stundenwoche und faktisch automatischem Teuerungsausgleich.
- Die vom Kanton ausgestellten Gutscheine müssen flexibel an die steigenden Kosten der Betreuungseinrichtungen angepasst werden. Es muss verhindert werden, dass die Familien die volle Last von Kostensteigerungen tragen müssen. Eine Koppelung an den Landesindex der Konsumentenpreise ist zu prüfen.
- Die vom Kanton angewendeten Schwellwerte beim massgeblichen Einkommenden müssen flexibel an die Veränderungen des allgemeinen Lohnniveaus angepasst werden. Analog der kalten Progression sollen diese Einkommensschwelle automatisch angepasst werden, wenn sich der Landesindex der Konsumentenpreise um einen zu definierenden Prozentsatz verändert.

Zu den geplanten Anpassungen auf Stadtberner Ebene nehmen wir wie folgt Stellung:

- Wir haben grundsätzlich Verständnis für das Ansinnen, den allgemeinen Zuschlag nach Artikel 7 FEBR künftig einkommensabhängig auszugestalten. Dass eine Familie, welche bisher CHF 7.00 pro Tag zahlen musste, plötzlich CHF 17.00 zahlen muss, ist nicht sozial und hier muss eine Lösung gefunden werden. Die Unterstützung soll den Personen zukommen, die Unterstützung brauchen. Den nun präsentierten Entwurf lehnen wir aber aus den folgenden Gründen ab:
  - **Verhindern von negativen Anreizen - Erwerbsarbeit muss sich lohnen:** Es gilt zu verhindern, dass Personen ihr Arbeitspensum reduzieren bzw. nicht erhöhen,

weil sie sonst weniger oder gar keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten. Solche negativen Anreize laufen dem Bestreben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und dem Fachkräftemangel zu begegnen, zuwider. Vor diesem Hintergrund beunruhigt uns die im Monitoring ausgewiesene Abnahme der Betreuungspensen von über 40%. Es ist alles daran zu setzen, Betreuungspensen von mind. 40 % sicherzustellen, dies auch im Sinne der Qualität und des Kindeswohles. Aus diesem Grund fordern wir, dass bei der nun angedachten Teilrevision des FEBR auch die in Artikel 13 definierten erforderlichen Beschäftigungspensen angehoben werden.

- Die Herabsetzung der Obergrenze beim massgebenden Einkommen auf CHF 120'000.00 lehnen wir ab. Es ist aus unserer Sicht nicht zielführend, wenn die Stadt Bern eigene, von der kantonalen Regelung abweichende Schwellwerte definiert.
- Wir begrüssen die Reduktion des Zuschlags für Kinder unter 12 Monaten nach Artikel 8 FEBR. So richtig und wichtig es ist, dass der Staat die familienergänzende Betreuung finanziell unterstützt, so falsch ist es, wenn es bei dieser Unterstützung zu einer Überfinanzierung kommt.

Wir begrüssen die Prämisse der kostenneutralen Umsetzung der vorliegenden Teilrevision explizit. Sollten der Bund und oder der Kanton künftig mehr Mittel zur Verfügung stellen, soll die Stadt Bern ihre über den allgemeinen Zuschlag finanzierten Leistungen zumindest punktuell reduzieren.

Als Schlussbemerkung erlauben wir uns den Hinweis, dass wir eine Neuorganisation von KITA Stadt Bern begrüssen würden. Die Auslagerung in eine öffentliche-rechtliche Trägerschaft sollte geprüft werden.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Stadt Bern



Vivianne Esseiva



Tom Berger

Stadträtin, Co-Fraktionspräsidentin FDP/JF

Stadtrat, Co-Fraktionspräsident FDP/JF